

Aktuelle Debatte

Krise und Herausforderung der Gewerkschaftsbewegung

Editorial

Gewerkschaften durchleben auf der ganzen Welt harte Zeiten. Galt das neokorporatistische Österreich diesbezüglich bis vor kurzem noch als Trend-Ausreißer, hat die Krise die Gewerkschaften mittlerweile auch hierzulande voll erwischt. Der Bawag-Skandal und seine Folgen bilden dabei den bisherigen Höhepunkt eines Erosionsprozesses, der mit der weitgehenden Aufkündigung der Sozialpartnerschaft durch die Unternehmensseite rund um den Machtwechsel zu Schwarz/Blau im Jahr 2000 akut geworden war. Die Reaktion des ÖGB auf diese Entwicklung zeigte deutlich, dass die traditionelle Verhandlungsorientierung zur schwer abzulegenden Gewohnheit geworden ist und die Einstellung auf konfliktorientierte Verhältnisse den Hauptamtlichen und FunktionärInnen immens schwer fällt.

In der Folge der Bawag-Affäre, die die ÖGB-Krise verschärfte, wurde die Gewerkschaft nun zur Reformdiskussion gezwungen. Als wesentliches Desiderat einer Reform kristallisierte sich die stärkere Einbindung der Mitglieder und die Erweiterung der Mitgliedschaft auf bisher vernachlässigte Gruppen heraus. Netto-Mitgliederverlust ist zwar seit vielen Jahren keine Neuigkeit. Aber bisher stellten betriebswirtschaftliche Beteiligungen eine Einnahmenquelle dar, die dem Apparat eine von der Mitgliederstärke unabhängige ökonomische Basis zum Agieren schufen. Diese ist nun verloren gegangen und in Folge des Skandals auch eine große Anzahl von Mitgliedern, darum wird dieser letztere Bereich in Hinkunft verstärktes Augenmerk erfahren (müssen). Die erste diesbezügliche Maßnahme sind die Ende des Sommers gestartete Mitglieder-Befragungsaktion und Diskussionsrunden zur Vorbereitung des Reformkongresses im Jänner. Noch gibt es nicht allzu viele Hinweise, dass die verstärkte Einbeziehung der Mitglieder erfolgreich angelaufen ist – die Rücklaufquote der Fragebögen ist sehr niedrig, und die Diskussionsrunden erreichen über die Betriebsräte hinaus kaum die Basis. Die Reformvorstellungen der FunktionärInnen selbst sind von der machtpolitischen Frage dominiert, ob, wie und welche Teilgewerkschaften in Zukunft fusionieren und wie das Verhältnis zum ÖGB aussehen soll. Die bescheidenen Andeutungen zu künftigen Rekrutierungsanstrengungen zur Gewinnung neuer Mitglieder bezogen sich vorwiegend auf die stärkere Berücksichtigung der Interessen von Frauen und der (ebenfalls vorwiegend weiblichen) atypisch Beschäftigten.

Auffällig ist in diesem Zusammenhang, dass die Frage des Verhältnisses zu MigrantInnen bislang weitgehend ausgeblendet wurde. Dies ist bemerkenswert angesichts der Tatsache, dass diese Gruppe quantitativ in der Arbeitswelt immer mehr an Bedeutung gewinnt (in manchen Branchen sogar dominierend ist), und in einem be-

sonderen Maße von Diskriminierungen betroffen ist, denen der ÖGB bislang – von wenigen Ausnahmen in Teilgewerkschaften abgesehen – wenig entgegengesetzt hat (wenn er die Diskriminierung nicht sogar unterstützt hat, man denke an die sozialpartnerschaftlich akkordierten Gastarbeiter-Arrangements, die auf politische Rechtlosigkeit und Druck zu Rückkehr nach Arbeitsende angelegt waren, das Inländerprimat im Ausländerbeschäftigungsgesetz und die vom OeGB zumindest widerstandslos hingenommenen Regelungen zum mangelnden passiven Betriebsrats-Wahlrechts von AusländerInnen, vgl. Kurswechsel 1/2000).

Für alle Gruppen, die nicht dem Bild des männlichen einheimischen Vollzeitbeschäftigten entsprechen, wird sich auch die Frage der Repräsentation in der gewerkschaftlichen Hierarchie und Außenvertretung stellen, wenn entsprechende Mitgliederrekutierungsstrategien glaubwürdig sein wollen.

Die ökonomische Krise und damit einhergehende Schwächung des traditionellen Drohpotenzials des ÖGB wird auch eine Strategiereform nach sich ziehen müssen, die vielleicht die Verankerung als aufbruchsunwilliger Untermieter in den Ruinen der Sozialpartnerschaft in Frage stellt.

Die zu Redaktionsschluss in Aussicht stehende Regierungsbeteiligung der SPÖ wird in Gewerkschaftskreisen als Rettungsanker betrachtet, der die geschwächten Gewerkschaften vor der Total-Aufreibung unter einer neuen Rechtskoalition bewahrt hat. Bleibt zu hoffen, dass dieser Anker eine Atempause gewährt, die zu wohlüberlegten Reformanstrengungen führt und nicht zur Rettung des innerorganisatorischen Status Quo.

Im Hinblick auf den Reformprozess des ÖGB untersuchen die in diesem Debattenschwerpunkt versammelten Beiträge zwei Aspekte. Susanne Pernicka und Franz Traxler verorten die Situation des ÖGB im internationalen Vergleich und behandeln zwei Zielgruppen für gewerkschaftliche Erweiterungsstrategien – Frauen und atypisch Beschäftigte. Nikolaus Hammer präsentiert internationale Beispiele für erfolgreiche Strategien gewerkschaftlicher Erneuerung, die Anstöße für neue Organisations- und Kampfstrategien liefern könnten.